

Jetzt handeln für mehr Wettbewerbsfähigkeit!

Positionen zur Halbzeit der Bundesregierung

Deutschland fällt zurück

Die Wirtschaft steht aktuell massiv unter Druck und braucht für ihre Zukunftsfähigkeit die richtigen Weichenstellungen. Die Zeiten sind ernst, Deutschland fällt zurück. In zu vielen internationalen Rankings ist Deutschland „Spitze“ bei den Unternehmensbelastungen, aber „Schlusslicht“ bei Zukunftsthemen wie Digitalisierung. Die Politik muss begreifen: Deutschland befindet sich nicht in einer konjunkturellen Delle, unser Land steht inzwischen inmitten einer größtenteils hausgemachten, strukturellen Krise. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts steht auf dem Spiel – in erster Linie bedingt durch zu hohe Energiekosten, eine lähmende Bürokratie, auch im internationalen Vergleich zu hohe Steuern und Sozialabgaben sowie den zunehmenden Fachkräftemangel.

Unsere Unternehmen wollen ihrer Verantwortung für Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie für Investitionen in Innovationen am Standort Nordrhein-Westfalen gerecht werden. Allerdings ist gerade Nordrhein-Westfalen mit seinen energieintensiven Industrien und bis heute vollständigen industriellen Wertschöpfungsketten aktuell besonders unter Druck. Und wenn diese in Gefahr sind, wird dies zwangsläufig massive Auswirkungen auf viele andere Bereiche unseres Wirtschaftslebens bis weit in den Dienstleistungsbereich haben. Alles hängt mit allem zusammen. Gerade Nordrhein-Westfalen ist Brennglas für die massiven Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft stehen: Transformation, Digitalisierung, Demografie.

Jetzt Handeln für mehr Wettbewerbsfähigkeit!

Umso dringlicher sind gerade für unser Land gute wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Nachdem sich lang genug um alles Mögliche gekümmert wurde, brauchen wir eine Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit. Die Politik muss dem Ernst der Lage gerecht werden und sich auf das Lösen der konkreten Probleme konzentrieren.

Jetzt entscheidet es sich – ob wir bei der Digitalisierung erfolgreich sind, ob die Transformation gelingt und ob wir die gesetzten Klimaziele erreichen. Die aktuellen Krisen haben die Dringlichkeit des Handelns nochmal verstärkt. Und unsere Lage verschlechtert sich schnell. Wenn wir nicht noch weiter zurückfallen wollen, müssen JETZT die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt und Investitionen in unsere Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit getätigt werden.

Die Themen liegen auf dem Tisch. Richtige Vorhaben sind verabredet worden. Was aber immer offensichtlicher wird: Deutschland hat kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Andere Länder bewegen sich, sei es bei der Unternehmensbesteuerung, bei der Digitalisierung oder mit schnellen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Warum kann unser Land das nicht auch? Politik muss ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen – nur das schafft Vertrauen, das wir dringend für Investitionen und Innovationen brauchen. Es gilt: HANDELN!

Von der Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts hängt so vieles ab: Arbeitsplätze, unsere sozialen Sicherungssysteme, Steuereinnahmen für einen handlungsfähigen Staat, unser Wohlstand und damit nicht zuletzt auch unser gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ohne wettbewerbsfähige Betriebe fehlen uns die Innovationen, mit denen wir Klimaschutz und Energiewende erfolgreich gestalten, die Chancen der Digitalisierung nutzen und die Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigen können. Wir brauchen daher: Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit! Vorfahrt für mehr WETTBEWERBSFÄHIGKEIT!

Klare Prioritäten setzen!

Bei dem, was zu tun ist, liegen viele entscheidende Hebel auf der Bundesebene. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft fordert von der Bundesregierung, die zweite Halbzeit der Legislaturperiode konsequent für umfassende Weichenstellungen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu nutzen. Dazu gehört auch, klare Prioritäten zu setzen und mit Mut und Entschlossenheit zu handeln. Es gilt, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

- **Finanzpolitische Klarheit und Planungssicherheit:** Die Unsicherheiten und Verunsicherung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind groß. Dabei braucht gerade die Wirtschaft Verlässlichkeit und Planbarkeit. Politik muss vor allem hier Handlungsfähigkeit beweisen.

Jetzt handeln: Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass bereits erfolgte Zusagen eingehalten werden und die aus den Förderprogrammen vorgesehenen Finanzmittel für die notwendigen Investitionen in die Transformation, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur auch weiterhin zur Verfügung stehen. Politik muss hier jetzt Prioritäten setzen, Vertrauenssignale senden und schnell entscheiden. Konsumtive Ausgaben müssen konsequent überprüft werden, investive Ausgaben klar Vorrang haben.

- **Belastungsmoratorium:** Das von der Bundesregierung selbst angekündigte Belastungsmoratorium für die Wirtschaft muss entschlossen umgesetzt werden. Das heißt: Wirtschaft stärken, nicht schwächen!

Jetzt handeln: Das Wachstumschancengesetz kann nur ein erster Schritt sein, weitere müssen folgen – etwa die Senkung der Steuerbelastung der Unternehmen auf das

international wettbewerbsfähige Niveau von maximal 25 Prozent. Auch muss die Bundesregierung von neuen Belastungen absehen (z.B. Tariftreuegesetz) und sich zudem auf EU-Ebene dagegen einsetzen (z.B. Lieferkettenrichtlinie). Die Bundesregierung sollte überdies einen Fahrplan mit verbindlichen Umsetzungsschritten vorlegen, wie die Beitragssätze in der Sozialversicherung auf 40 Prozent begrenzt werden.

- **Sichere und bezahlbare Energieversorgung:** Der Krieg in der Ukraine hat die Eckpfeiler unserer Energieversorgung massiv verschoben. Auch die Energiewende bringt zusätzliche Herausforderungen. Es braucht eine sichere und international wettbewerbsfähige Energieversorgung.

Jetzt handeln: Ungeachtet des Urteils des Bundesverfassungsgerichts bleibt eine tragfähige Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren erforderlich. Das Strompreispaket mit der Senkung der Stromsteuer ist richtig und muss umgesetzt werden. Kurzfristig brauchen wir zudem dringend eine deutliche Entlastung gerade auch für den energieintensiven industriellen Mittelstand. Erforderlich ist ein Rekordtempo beim Ausbau der Erneuerbaren und der schnelle Ausbau der Stromnetze und -speicher. Die Planung und der Bau von Backup-Kraftwerken, die schon 2030 gebraucht werden, muss auf den Weg gebracht werden.

- **Bürokratieabbau:** Der Bürokratieabbau muss endlich ernst genommen werden, denn er bedeutet mehr Zeit und Kraft für das Wesentliche und eine Entlastung für die Wirtschaft ohne großen finanziellen Aufwand. Anders ausgedrückt: Es wäre eine wachstumsförderliche Wirtschaftspolitik „ohne Geld“.

Jetzt handeln: Die Bundesregierung muss die von der Wirtschaft vorgelegten 400 konkreten Maßnahmen zum Bürokratieabbau zeitnah und umfassend umsetzen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte „One-in-One-Out“-Regel gilt es ab sofort einzuhalten.

- **Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren:** Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden – auch und gerade für eine erfolgreiche Transformation.

Jetzt handeln: Der Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss schnell konkrete Gesetzesänderungen zur Folge haben. Die Maßnahmen gilt es als Gesamtpaket vollständig und ohne Abstriche umzusetzen. Wichtig: Es darf keine Zwei-Klassen-Gesellschaft bei Genehmigungsverfahren geben, Vereinfachungen müssen in allen Bereichen gelten.

- **Modernisierung der Infrastruktur:** Infrastruktur ist an vielen Stellen kein Standortvorteil mehr, sondern eine Belastung für unseren Wirtschaftsstandort. Groß- und Schwertransporte etwa scheitern immer häufiger an maroder Infrastruktur. Der Ausbau- und Modernisierungsbedarf ist von Straße über Schiene bis zu Kanälen und Häfen gewaltig.

Jetzt handeln: Die Investitionen in Erhalt und Ausbau sowie die Digitalisierung unserer Infrastruktur müssen verstetigt und noch deutlich bei Straßen, Brücken, Wasserstraßen, Schienen und Güterbahnhöfen verstärkt werden. Zudem braucht es den entschlossenen

Aufbau einer LKW-Ladeinfrastruktur entlang der wichtigsten Verkehrsachsen. Nur so kann die Verkehrswende gelingen.

- **Digitalisierung der Verwaltung:** Eine digitale Verwaltung ist mit vielen Chancen verbunden – für schnellere Verfahren, mehr Kundenfreundlichkeit und eine Milderung des Fachkräftemangels. Diese Chancen werden viel zu wenig genutzt.

Jetzt handeln: Die Bundesregierung sollte die laufende Novelle des Onlinezugangsgesetzes nutzen, um den Turbo bei der Digitalisierung der Verwaltung einzuschalten und alle Hemmnisse zu beseitigen. Wichtig sind: Ehrgeizige Gesamtstrategie, Überarbeitung der Governance-Strukturen, Festlegung von einheitlichen und verbindlichen Basiskomponenten und Standards, Once-Only-Prinzip, Einer-Für-Alle-Prinzip.

- **Fachkräftesicherung und modernes Arbeiten:** Der Fach- und Arbeitskräftemangel wird zunehmend zum Problem. Daher gilt es, alle Potenziale – inländische wie ausländische – zu erschließen.

Jetzt handeln: Die Fachkräftestrategie der Bundesregierung muss zügig umgesetzt werden. Dazu gehört etwa, nach der Novelle des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes zeitnah auch unbürokratische Verfahren und eine Willkommenskultur in den Behörden sicherzustellen. Hinzukommen muss die Aufhebung des Beschäftigungsverbots in der Zeitarbeit. Die konsequente Umsetzung des Prinzips Fördern und Fordern schafft Brücken in Beschäftigung statt in Sozialsysteme. Wir brauchen geeignete Anreize, damit die Menschen bereit sind, statt immer weniger wieder mehr zu arbeiten. Fehlanreize etwa beim Bürgergeld müssen beseitigt werden. Im Arbeitszeitrecht gilt es, mehr Spielraum für modernes, flexibles Arbeiten statt Regulierung zu schaffen.

- **Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherung:** Ohne Gegensteuern wird der Sozialversicherungsbeitrag noch weiter steigen, Arbeit verteuert sich. Den Beschäftigten bleibt immer weniger Netto vom Brutto.

Jetzt handeln: Neben dem konkreten Fahrplan zur Begrenzung der Beitragssätze auf 40 Prozent sollte die Bundesregierung ab 2024 jährlich einen Bericht zur Zukunftsfähigkeit der Sozialversicherung vorlegen. Handlungsansätze müssen auch unpopuläre Maßnahmen umfassen, und die Leistungen aller Zweige der Sozialversicherung stärker auf eine Basissicherung konzentriert werden.

Wir stehen wahrlich vor großen außen- und sicherheitspolitischen sowie migrationspolitischen Herausforderungen. Diese Themen, die aktuell viele Debatten prägen, sind wichtig. Unabhängig davon darf der Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und die Förderung nach einer Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit nicht verloren gehen. Im Gegenteil! Denn machen wir uns bewusst: Nur mit einer starken Wirtschaft sind wir ein starkes Land, das auch diese zusätzlichen Herausforderungen bewältigen kann. Dies muss sich dann aber auch im politischen Handeln widerspiegeln.